

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Lebensqualität steigern 1: Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die objektive Sicherheit sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen im öffentlichen Raum verstärkt wird. Dafür soll die Präsenz von Bediensteten der Polizei und des Ordnungsamtes im gesamten Stadtbild intensiviert werden. Die Bediensteten der Polizei sollen im öffentlichen Raum sicht- und ansprechbar sein und wieder verstärkt als „Freund und Helfer“ wahrgenommen werden (z. B. Kontaktbereichsbeamte).

Darüber hinaus soll an allen Berliner S- und U-Bahnhöfen erkenntliches Sicherheitspersonal eingesetzt werden und die Rückkehr zu dem Modell geprüft werden, wonach an jedem Bahnhof Zugabfertiger arbeiten. Auch sollen die Möglichkeiten der Ausweitung der Videotechnik im gesamten ÖPNV und insbesondere bei der Berliner S-Bahn intensiv geprüft werden. Zur Finanzierung der Sicherheitstechnik sollen die Gelder aus den Pönalien der Berliner S-Bahn herangezogen werden.

Ebenso sind oft subjektiv wahrgenommene Angsträume zu identifizieren und ernst zu nehmen. Häufig sind Dunkelheit und Wildwuchs Ursache für ein fehlendes Sicherheitsgefühl. Die Bezirke begründen die mangelhafte Pflege einiger Straßenzüge und Grünflächen stets mit dem herrschenden Personalmangel. Der Senat soll sich daher verstärkt dafür einsetzen, dass wildes Gestrüpp, dort wo es notwendig ist, zurückgeschnitten wird. Ferner sind bedarfsorientierte Lichtquellen, bestenfalls Solarleuchten, flächendeckend zu installieren. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass defekte Leuchten und beschmierte Orientierungsschilder zeitnah in standgesetzt werden.

Die Instandhaltung der öffentlichen Grünflächen obliegt den Bezirken. Es gibt daher enorme Qualitätsunterschiede in der Pflege und der Bewirtschaftung zwischen den verschiedenen Regionen. Der Senat ist aufgefordert zu den Beratungen des Doppelhaushalts 2020/2021 ein Konzept für einen Sonderfonds „Soziale Infrastruktur“ für die Finanzierung sicherheitsrelevanter Maßnahmen in den Bezirken vorzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Sicherheit ist ein grundlegendes Alltagsbedürfnis. Sie ist nicht verhandelbar. Angst und Sicherheit werden subjektiv empfunden. Die Politik ist dafür verantwortlich, den öffentlichen Raum so sicher wie möglich zu gestalten. Die Präsenz von Sicherheitspersonal fördert das subjektive Sicherheitsempfinden, weshalb eine deutliche Aufstockung der sichtbaren Bediensteten der Polizei und des Ordnungsamtes notwendig ist. In einer internationalen Großstadt wie Berlin ist es dringend geboten, mehrsprachige Ansprechpartner zu positionieren.

Auch der Einsatz von Zugabfertignern an den Berliner Bahnhöfen ist zweckmäßig, da diese bessere Ansprechpartner als Informationssäulen sind. Dies ist zwar personalintensiv, stärkt jedoch das subjektive Sicherheitsempfinden aller Fahrgäste. Immer mehr Berlinerinnen und Berliner unterlassen die Nutzung des ÖPNV, da er oftmals als verwaht und unsicher empfunden wird. Es kann jedoch nicht der politische Wille sein, dass Menschen daheim bleiben, weil sie sich keinen Gefahren aussetzen wollen. Dieser klaren Beeinträchtigung der individuellen Lebensqualität muss vorgebeugt werden. Dass Sicherheitstechnik noch immer nicht flächendeckend im ÖPNV vorhanden ist, ist ebenfalls untragbar. Eine Ausweitung der Videotechnik muss insbesondere bei der S-Bahn erfolgen. Hier sind die Möglichkeiten einer Finanzierung durch die Strafzahlungen der Berliner S-Bahn an den Senat zu prüfen.

Licht und gute Einsehbarkeit verantworten oftmals das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum. Sie sorgen so für eine gesteigerte Aufenthaltsqualität. Um die Lichtverschmutzung so gering wie möglich zu halten, ist die Installation von bedarfsagierenden Solarleuchten anzustreben. Eine regelmäßige Instandsetzung der Lichtquellen muss gewährleistet sein. Darüber hinaus muss wildes Gestrüpp entfernt werden, damit schlecht einsehbare Wege der Vergangenheit angehören.

Berlin, 12. März 2019

Dregger Freymark Friederici
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU